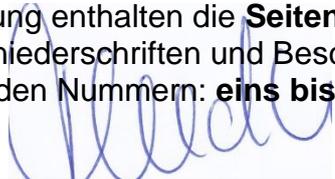


**Sitzung der Gemeindevertretung
der Gemeinde Reinhardshagen
am 06. Juli 2020**

Ort: Wesertalhalle Im alten Hagen 1	 Für diese Sitzung enthalten die Seiten 20 bis 24 Verhandlungsniederschriften und Beschlüsse mit den laufenden Nummern: eins bis vier
Beginn: 19:30 Uhr	
Ende: 20:32 Uhr	
Pause: 20:04 – 20:10 Uhr	(Unterschrift Schriftführerin)

(gesetzliche) Mitgliederzahl: 21

Anwesend:

a) stimmberechtigt

1. Becker, Erhard
2. Bertelmann, Wolfgang
3. von Boehn, Peter Alexander
4. Ciupa, Jan
5. Musmann-Bleech, Melanie
6. Gottmann, Sebastian
7. Hasenkopf, Lutz
8. Löser, Karolin
9. Reder, Heidi
10. Rolle, Oliver
11. Sallwey, Daniel
12. Schäfer, Sven
13. Schlicker, Marc
14. Wallbach, Jörg
15. Weddig, Dirk
16. Zierenberg, Astrid
- 17.
- 18.
- 19.
- 20.
- 21.

b) nicht stimmberechtigt:

- | | |
|----------------------------|----------------------|
| 1. Kauffeld, Albert | Erster Beigeordneter |
| 2. Jatho, Peter | Beigeordneter |
| 3. Nolte, Hella | Beigeordnete |
| 4. Knöpfel, Ralph | Beigeordneter |
| 5. Fiege-Borchert, Corinna | Beigeordnete |
| 6. Lotze, Erich | Beigeordneter |
| 7. Schauer, Jutta | Beigeordnete |
| 8. Hudzik, Melanie | Schriftführerin |
| 9. | |
| 10. | |

Es fehlten:

a) entschuldigt:

1. Biewald, Nicol
2. Fenner, Werner
3. Schellenberger, Kerstin
4. Schneider, Meike

b) unentschuldigt:

5. Wiemer, Jürgen
6. Dettmar, Fred
7. Wallbach, Udo
- 8.

Die Mitglieder der Gemeindevertretung waren, unter Mitteilung der Tagesordnung, durch Einladung vom **19. Juni 2020** auf **Montag, den 06. Juli 2020 zu 19.30 Uhr**, einberufen worden. Tag, Zeit und Ort der Sitzung sowie die Tagesordnung waren öffentlich bekanntgegeben. Der Vorsitzende stellte bei Eröffnung der Sitzung fest, dass gegen die **ordnungsgemäße Ladungsfrist keine Einwendungen** erhoben wurden.

Die Gemeindevertretung war, nach Anzahl der erschienenen Mitglieder, **beschlussfähig**.

**Sitzung der Gemeindevertretung
der Gemeinde Reinhardshagen
am 06. Juli 2020**

Tagesordnung

1. a.) Informationen
- b.) Anfragen
2. Dritte Änderung des Flächennutzungsplanes,
 1. Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen
 2. Feststellungsbeschluss
3. Antrag der UWG-Fraktion vom 12.06.2020:
Resolution zum geplanten Atommüll-Logistikzentrum in Würgassen
4. Antrag der UWG-Fraktion vom 11.05.2020:
„Reduzierung des Hebesatzes für die Gewerbesteuer von 550 % auf 450 %“

**Sitzung der Gemeindevertretung
der Gemeinde Reinhardshagen
am 06. Juli 2020**

Beschlussniederschrift

Der Vorsitzende Erhard Becker gibt bekannt, dass der bisherige Gemeindevertreter der SPD-Fraktion Martin Schwob aus Reinhardshagen verzogen ist und er somit seinen Sitz in der Gemeindevertretung verloren hat.

Da die Liste der SPD-Fraktion erschöpft ist, kann der Sitz nicht mehr mit einem Nachrücker besetzt werden.

Die gesetzliche Zahl der Mitglieder der Gemeindevertretung verringert sich somit auf 21.

1. a.) Informationen

Der Erste Beigeordnete Albert Kauffeld gab folgende Informationen:

- Das Rathaus ist geöffnet. Der Zutritt ist unter Einhaltung von Hygiene- und Abstandsregelungen möglich.
- Das Freibad ist seit dem 17.06.2020 geöffnet und wird, unter Einhaltung eines Hygienekonzeptes, betrieben.
Der Sanitärraum „Damen“ ist ab 07.07.2020, nach der erfolgreich abgeschlossenen Sanierung, wieder geöffnet. Ein herzlicher Dank geht an alle (ehrenamtlichen) Helfer.
- Die Auftragsunternehmen der Deutschen Glasfaser arbeiten wieder. Hauptsächlich werden Flächenwiederherstellung, teilweise mit Pflaster, ausgeführt.
- Das Seniorenheim Kaiserhof wurde – auf behördliche Anordnung - geschlossen. Die Bewohner sind weitgehend in anderen Einrichtungen untergebracht.
- Es haben zwei Bürgerinformationsveranstaltungen zur anstehenden Sanierung der Ortsdurchfahrt Vaake stattgefunden.
- Die gemeindlichen Kindertagesstätten haben seit dieser Woche wieder im Regelbetrieb unter Pandemiebedingungen geöffnet. Ab nächster Woche beginnt die reguläre dreiwöchige Sommerschließung, in der eine Zusatzbetreuung angeboten wird.

b.) Anfragen

Liegen nicht vor.

**Sitzung der Gemeindevertretung
der Gemeinde Reinhardshagen
am 06. Juli 2020**

2. Dritte Änderung des Flächennutzungsplanes

- 1. Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen**
- 2. Feststellungsbeschluss**

Beschluss: 16 Jastimmen, 0 Neinstimmen, 0 Enthaltungen

Die Gemeindevertretung beschließt:

1. Die im Rahmen der (gemäß §§ 3 (2) und 4 (2) BauGB) öffentlichen Auslegung der 3. Änderung des Flächennutzungsplanes vorgebrachten Anregungen der Träger öffentlicher Belange – nach Abwägung der öffentlichen Belange untereinander und gegeneinander – werden wie in dem Abwägungsvorschlag dargelegt, abgewogen
2. Die 3. Änderung des Flächennutzungsplanes mit Begründung gemäß § 6 BauGB wird beschlossen („Feststellungsbeschluss“). Die Änderung wird dem Regierungspräsidium Kassel zur Genehmigung vorgelegt.

**3. Antrag der UWG-Fraktion vom 12.06.2020:
Resolution zum geplanten Atommüll-Logistikzentrum in Würiggassen**

Die UWG-Fraktion stellt den Antrag folgende Resolution zu erlassen:

Das geplante Atommüll-Logistikzentrum für radioaktive Abfälle in Würiggassen wird abgelehnt.

Wir stellen fest:

- Der Landkreis Kassel wurde nicht an den regionalen Planungen beteiligt. Die Bürger der Anrainerkommunen im Dreiländereck haben erst aus der Presse von diesen Planungen erfahren. Gerade in dieser strukturschwachen und durch touristische Nutzung geprägten Region können und dürfen solche Planungen nicht ohne Beteiligung der hiesigen Gremien durchgeführt und entschieden werden.
- Die weiteren Detailplanungen werden ohne Bürgerbeteiligung bereits fortgesetzt und konzentrieren sich ausschließlich auf den Standort Würiggassen.
- Die von der Entsorgungskommission selber aufgestellten Kriterien, 300 m Mindestabstand zur Wohnbebauung, eine zweigleisige Bahnanbindung und die Hochwasserfreiheit des Geländes werden an diesem Standort nicht eingehalten.

Sitzung der Gemeindevertretung der Gemeinde Reinhardshagen am 06. Juli 2020

- Das Grundstück befindet sich zudem in einer militärischen Tiefflugzone.
- Die schlechte Verkehrsanbindung spricht gegen den Standort Würzgassen.

Die wirtschaftliche Ausrichtung der Region auf den Tourismus und die Naherholung bleiben bei den Planungen völlig unberücksichtigt.

Wir fordern den Landkreis Kassel auf:

- die Errichtung eines Logistikzentrums für schwach- und mittelradioaktiven Atommüll am Standort Würzgassen in unmittelbarer Nähe zur Kreisgrenze entschieden abzulehnen.
- die Bundesumweltministerin aufzufordern, die vorbereitenden Maßnahmen zur weiteren Erkundung des Standortes Würzgassen unverzüglich zu stoppen.
- ein neues transparentes Verfahren zur Standortauswahl zu fordern, in dem die Kriterien zu Beginn veröffentlicht und die Bevölkerung frühzeitig beteiligt werden.
- sich mit eigenen Gutachten und Stellungnahmen sich am Verfahren zu beteiligen.
- die aus der Region gewählten Abgeordneten des Bundes- und Landtages aufzufordern, sich gemeinsam gegen den Standort Würzgassen, aufgrund des nicht geeigneten Geländes, einzusetzen.

Begründung / Hintergrund:

Nicht das erste Mal wird die Strukturschwäche unserer Region missbraucht und über die Köpfe der Betroffenen hinweg Grundsatzentscheidungen getroffen. Mit einer unbeschreiblichen Arroganz werden die Bevölkerung und die betroffenen Kommunen über eine Pressemitteilung über die bereits sehr weit fortgeschrittenen Planungen zum Bau eines Atommüll-Zwischenlager, das die Abfälle aus 16 Zwischenlagern in Deutschland aufnehmen soll, informiert. Es wird auch offensichtlich nicht für nötig angesehen, die Betroffenen in die Entscheidungsfindung mit einzubeziehen.

Mit dem Bau des „Atommüll-Logistikzentrums“ werden Fakten geschaffen, genauso wie damals mit dem Bau des Atomkraftwerkes. Was aus den Versprechungen zum Rückbau geworden ist, wissen wir alle. Was wir von den Zusagen und Aussagen zum Atommüll-Logistikzentrum zu halten haben, kann man dann vielleicht an der Entwicklung zum Rückbau des AKWs festmachen.

Gerade die Reinhardswaldregion kämpft um Existenzsicherung und versucht, über den Ausbau des Tourismus und der Nutzung der wertvollen und einmaligen naturräumlichen Gegebenheiten des Reinhardswaldes (Naturpark), des Diemeltales (Schmetterlingssteig), des Weserberglandes, des Oberweserraumes und des Sollings einen sanften Tourismus aufzubauen, der den dort lebenden Menschen langfristig die wirtschaftliche Auskömmlichkeit sichert.

Sitzung der Gemeindevertretung der Gemeinde Reinhardshagen am 06. Juli 2020

Hier will man scheinbar die Region Nordhessen, Südniedersachsen und Ostwestfalen mit belastendem Ausbau von Windkraftanlagen, Versalzung der Weser und einem Atommüll- Logistikzentrum für schwach bis mittelbelasteten Atommüll schwächen.

So wird unser Dreiländereck für die Interessen der Atomindustrie, die Interessen der Energieversorger (Abholzen von wertvollen Waldflächen im Reinhardswald für Windkraftanlagen) und eine hohe Versalzung der Weser weit über das zumutbare Maß belastet.

Der Landkreis Kassel als ein walddreicher Landkreis sollte seinen Beitrag zum Klimaschutz leisten, indem er seine intakten Wald-Ökosysteme erhält und sichert und sich auch klar gegen das geplante Atommüll-Logistikzentrum ausspricht. Die Nordspitze des Landkreises als strukturschwache Region scheint aber offensichtlich prädestiniert dafür zu sein, dass man dort die geringere Bevölkerungsdichte als „Planungsvorteil“ ansieht, nach dem Motto, je bevölkerungsärmer die Region, umso geringer auch der Widerstand der Betroffenen.

Warum eine Endlagerung in der Grube Konrad nur sichergestellt werden kann, wenn die Zwischenlagerung nicht weiter in den bisherigen 16 Zwischenlagern stattfindet, sondern dazu ein neu zu schaffendes „Atommüll-Zwischenlager Würgassen“ entstehen muss, erschließt sich nicht. Den jetzt schon gelagerten Atommüll über viele Jahre quer durch ganz Deutschland zu transportieren, macht alles nicht sicherer.

Die Planungen mit der Schaffung von 100 Arbeitsplätzen positiv und als Gewinn für die Region darzustellen und gleichzeitig nicht auch die Gefahren und Belastungen zu sehen, zeigt, welche Wertigkeit die Bevölkerung der betroffenen Region bei den Verantwortlichen (Planern und Betreibern) wirklich hat.

Ein dann vermutlich über Jahrzehnte hinweg angelegtes Zwischenlager mit dem dazugehörigen erheblichen Gefahrgut-Verkehrsaufkommen ist dieser Region nicht mehr zuzumuten.

Beschluss: 16 Jastimmen, 0 Neinstimmen, 0 Enthaltungen

Der Antrag ist damit angenommen.

**Sitzung der Gemeindevertretung
der Gemeinde Reinhardshagen
am 06. Juli 2020**

**4. Antrag der UWG-Fraktion vom 11.05.2020:
„Reduzierung des Hebesatzes für die Gewerbesteuer von 550 % auf 450 %“**

Der Antragsteller ergänzt den Antrag dahingehend, dass die Hebesatzsenkung ab dem 01.01.2021 gelten soll.

a)

Der Gemeindevertreter Peter-Alexander von Boehn stellte den Änderungsantrag, den vorliegenden Antrag zur Beratung an den Haupt- und Finanzausschuss zu überweisen.

Beschluss: 1 Jastimme, 11 Neinstimmen, 4 Enthaltungen

Der Antrag ist damit abgelehnt.

b)

Der Gemeindevertreter Peter-Alexander von Boehn stellte den Antrag, den vorliegenden Antrag in einen Prüfantrag für den Gemeindevorstand abzuändern.

Beschluss: 4 Jastimmen, 12 Neinstimmen, 0 Enthaltungen

Der Antrag ist damit abgelehnt.

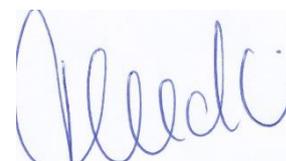
c)

Die UWG-Fraktion stellt den Antrag, den Hebesatz für die Gewerbesteuer ab dem 01.01.2021 von 550 % auf 450 % zu reduzieren.

Beschluss: 12 Jastimmen, 4 Neinstimmen, 0 Enthaltungen

Der Antrag ist damit angenommen.


Erhard Becker
Vorsitzender


Melanie Hudzik
Schriftführerin

Das Beschlussprotokoll wird in der Zeit vom 13. Juli 2020 bis einschließlich 20. Juli 2020 in der Gemeindeverwaltung, Amtsstraße 10, Zimmer 6, offengelegt.